

# Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Redaktion: A. Heutmann in Düsseldorf 51, Corneliustr. 66. Berichte, kleine Beiträge u. sind zunächst an den betr. Bezirksvorsitzenden einzusenden. Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei 12 der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post bezogen 3.— M. Expedition und Druck von Joh. van Aken in Krefeld, Poststr. 66. Fernsprech-Bez. 1358.

Nr. 6. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 13. Februar 1909. Fernsprech-Nummer 4428. 11. Jahrgang.

## Inhaltsverzeichnis.

**Artikel: Demokratie und Gewerkschaften.** — Aus der Unfallstatistik der Textilberufsgenossenschaften vom Jahre 1907. — Über den Stand der „Gelben“. — Die „Schwarzen Listen“ vor dem Reichstage. — Zu erstlichen Nachbarn. — Penultim: Warum? — Aus dem Verbandsgebiete: Lohnbewegungen und Arbeitslosigkeit: Kachen. — Berichte aus den Ortsgruppen: Hagenbach. — Brehell. — Emsbetten. — Hagen. — Herolz. — Rettenis. — Saaten. — Kampfermühle (Pfalz). — Langenberg (Rheinl.). — Döberghausen. — Ostig. — Reichenau. — Rheidt. — Säckingen. — Ullersdorf (Schlesien). — **Gewerkschaftliches:** Aus gegnerischen Organisationen: Das die „gelben“ Vereine niemals eine wirksame Interessenvertretung der Arbeiter sein können. — Ein ungetreuer Beamter des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes. — Allgemeine Gewerkschaftliche: Wenn Vergle freiten. — Ueberstunden bis 10 Uhr abends. — Aus der ausländischen Arbeiterbewegung: Die christlichen Gewerkschaften Österreichs bieten ihren ersten Kongress ab. — Allgemeine Rundschau: Soziale Rechtsprechung: Unorganisierte und Tarifvertrag-Bestimmungen. — Bekanntmachung. — Briefkasten. — Versammlungskalender. — Anzeigen.

## Demokratie und Gewerkschaften.

Die grobe Verletzung der gewerkschaftlichen Disziplin seitens der Mitglieder des „freien“ Metallarbeiterverbandes bei dem Streik in Mannheim ist der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftspresse noch immer Anlaß zu ernstlichen Betrachtungen über „Gewerkschaftsdemokratie“. Sie nimmt ganz richtig an, daß es sich hier nicht nur um eine Unbequemlichkeit einer erregten Masse freilebender Arbeiter handelte, sondern um eine gefährliche Erscheinung in der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung, die ihre Ursache hat in einer Ueberspannung des demokratischen Prinzips seitens der Mitglieder. Würden die sozialdemokratischen Beamten und Zeitungen durch diese Vorgänge zu der Erkenntnis kommen, daß ihre Agitations- und Erziehungs-methode in erster Linie einer gründlichen Aenderung bedarf, wenn die Arbeiter zu ruhigen, überlegenden und nüchtern denkenden und handelnden Gewerkschaftlern erzogen werden sollen, dann hat der „Fall Mannheim“ auch noch seine sonnige Seite.

Wer Verständnis hat für die ungemein schwierigen Positionen, die Organisationsleiter zu erobern oder zu verteidigen haben, der wird die Mannheimer Vorgänge aufs tiefste bedauern. Wer weiß, daß ehrliebe Arbeiterinteressenvertretung mehr verlangt als mit radikalen Schlagwörtern und hohen Phrasen um sich hauen, der wird erkennen, daß die Metallarbeiter in Mannheim ihr eigenes Ansehen, das ihres Verbandes und das der gesamten Arbeiterbewegung aufs schwerste geschädigt haben, daß durch solche Vorkommnisse das erfolgreiche Arbeiten der Gewerkschaften unbedingt untergraben werden muß. Aber es gibt auch solche sogenannte „Arbeitervertreter“, deren ganze „Arbeitervertretung“ darin besteht, mit diesen Worten radikale Agitations-schmalzeilen zu blasen, leere Phrasen zu „kloppen“, vor dem Arbeiter auf dem Bauche zu liegen um ihm zu sagen, daß er unsehbar sei, nur immer das Rechte tue, und daß jene Menschen veräberliche Schufte seien, die den Arbeiter auch auf seine Pflichten und auf seine Fehler aufmerksam machen.

In dieser Sorte von Arbeitervertretern gehört die „Rheinische Zeitung“, eines der radikalsten Genossenblätter. In Nr. 24 vom 24. Januar er-schließt sie in einem Leitartikel zuerst ein ganz blödes Zeug über die christlichen Gewerkschaften und deren Führer zusammen und kommt dann über die Mannheimer Vorgänge zu folgendem Ergebnis: „Sehen die christlichen Gewerkschaftsleiter mit christlicher Liebe über die eigenen Sünden hinweg, so wissen sie umso besser über die Rängel der Nachsten zu schwätzen. So ist es nach ihrer Meinung um die Disziplin bei den freien Gewerkschaften schlecht bestellt, weil die Arbeiter bei den Streiks in Stellung und in Mannheim nicht sofort den Wünschen der Verbandsleitung gefolgt seien, sondern noch weiter im Ausstand verharrten wollten. In dem einzelnen Falle mag diese Differenz zwischen den Leitern der Organisation und ihren Mitgliedern nicht angenehm erscheinen; sie befaßt aber nichts gegen die Disziplin der freien Gewerkschaften, die aber allem Hob oder Fadel erhaben ist, sie verlegt auch keine demokratischen Grundsätze. Denn gerade diese Schwierigkeiten sind ein Beweis dafür, daß die Mitglieder der freien Gewerkschaften sich nicht leichtsinnig lassen, sondern ihren eigenen freien Entschlüssen folgen wollen.“

Einea größeren Unfuss und eine ärgere Mißachtung des elementarsten Gewerkschaftsgrundsatzes hat sich eine Zeitung, die angeblich den Interessen der Arbeiter dienen soll, noch wohl kaum geleistet. Also: die Mannheimer Vorkommnisse bedeuten nur „eine Differenz“, die „nicht angenehm erscheinen“ mag, sie belegen aber „nichts“ gegen die Disziplin der „freien“ Gewerkschaften. Sie sind vielmehr ein Beweis, daß die Mitglieder dieser Gewerkschaften sich nicht leichtsinnig lassen, sondern ihren eigenen freien Entschlüssen folgen wollen. Das ist nicht nur eine Beschönigung, sondern direkt eine Zustimmung jener Vorgänge, die von sämtlichen „freien“ Gewerkschafts- und von mehreren sozialdemokratischen Parteileitern als tief traurige, die Arbeiter schwer schädigende angesehen werden. Nach der „Rhein. Ztg.“ ist Disziplin gleichbedeutend mit „Selbstmord“, eine Mißachtung der freien Entschlüssen der Ver-

bandsmitglieder. Was sagen die gewerkschaftlichen Organisationen dazu, wenn ihre Mitglieder Organe lesen, die in solch unverantwortlicher Weise die elementarsten Grundsätze jedes erfolgreichen gewerkschaftlichen Arbeitens mißachten und Ansehen und Stellung der Organisationen und ihrer Führer untergraben?

Grundsätzlich beschäftigt sich in Nr. 2 der „Sozialistischen Monatshefte“, „Genosse“ Eduard Bernstein mit dem Mannheimer Fall. Eingehend des Sages, daß die Vergangenheit die beste Lehrmeisterin für die Zukunft ist, erinnert Bernstein, dem englische Verhältnisse aus langem Aufenthalt im Lande jenseits des Kanals gut bekannt sind, an ein charakteristisches Gegenstück zu dem Streit zwischen den Mannheimer Metallarbeitern und dem Vorstande des Metallarbeiterverbandes. Es betrifft den Konflikt, der im vorigen Jahre (1908) in der Organisation der englischen Maschinenbauer gespielt hat und, wie Bernstein bemerkt, in England großes Aufsehen erregte und deshalb auch an dieser Stelle einer Beachtung wohl wert ist.

Auf Einzelheiten der Bewegung einzugehen, dürfen wir uns an dieser Stelle wohl erparen: Kurz, es kam hier infolge der Ankündigung einer Lohn-herabsetzung genau wie in Mannheim zu einem Ausstand, zu dessen Beendigung sich die Vertreter der Gewerkschaften und Unternehmer nach Eingreifen des Ministers für Handel und Gewerbe zu Verhandlungen zusammenfanden, die mit der gegenseitigen Annahme eines Kompromisses endigten. Die Gewerkschaftsvertreter empfahlen ihren Mitgliedern die Annahme des Kompromißvorschlages. Aber trotz wiederholter Empfehlung desselben durch die Gewerkschaftsvertreter sowie persönlicher Einwirkung des Generalsekretärs des Verbandes der Maschinenbauer, George Barnes, der den Ausstandsaußtritt bereite und an den Hauptorten desselben den Mitgliedern die Gründe auseinandersetzte, die für die Annahme des Kompromißvorschlages sprachen, blieben diese verstockt. Und drüber ging es wie bei uns. Von sogenannten guten Freunden, schreibt Bernstein, wurden die Arbeiter unter Verdächtigungen ihrer Führer aufgestachelt, nicht nachzugeben, ein Flugblatt wurde verbreitet, das sie zum „äußeren Widerstand“ aufrief, und das resultiert war, daß von den Mitgliedern des Verbandes der Maschinenbauer mit 4356 gegen 3693 Stimmen der Kompromiß abgelehnt wurde.

Die weitere Folge davon war, daß George Barnes sein Amt als Generalsekretär niederlegte, da er, wie es heißt, es für unumgänglich notwendig hielt, den Arbeitern einmal einbrütend klarzumachen, was es bedeutet, den Rat selbstgewählter Führer mit Füßen zu treten. Und als man auf ihn einstürmte, zu einer Wiederwahl sich doch bereit zu erklären, wies er das Ansuchen einfach zurück und wandte sich in einer Erklärung an den Gesamtverband, aus welcher wir den nachstehenden charakteristischen Passus wörtlich wiedergeben. Es heißt da:

„Jedenfalls bin ich von der Gesamtheit der Mitglieder gewählt worden: ich halte mich ihr gegenüber für verantwortlich und lehne es ab, dabei mitzumachen, wenn ein Teil des Verbandes mehr ins Gewicht fällt als der Gesamtverband. Für mich steht es fest, daß, wenn auf Gewerkschaftsbeamte ohne jeden triftigen Grund oder Anlaß gepöbelt wird — und dies gilt für Ortsbeamte ebenso wie für die Zentralinstanzen — die Wirkungskraft der Gewerkschaften als Sachwalter der Arbeiterinteressen geschwächt und das kollektive Unterhandeln untergraben wird. Fern sei es von mir, Kritik zurückzuweisen, ich habe sie stets ermutigt, aber sie soll ehrlich und gerecht sein. Mögen die Mitglieder, wenn sie wollen, jemand nicht wiederwählen, aber wenn die Wahl erfolgt ist, dann müssen die Beamten, meine ich, auch gemäß ihrer Stellung gehandelt werden. Sonst dürfen die Unternehmer und andere mit Recht es ablehnen, mit ihnen zu verhandeln oder sie als Vertreter anzuerkennen. Außerdem müssen die Mitglieder sich ernstlich die Frage vorlegen, ob es einem Teil des Verbandes gestattet sein darf, ohne Flagel und gegen die Wünsche und den Rat der Vertreter des Gesamtvereins nach Belieben Riesensummen aus der Kasse des Verbandes zu ziehen. Was mich betrifft, so bin ich der Ansicht, daß Stein und Bein hätten in Bewegung gesetzt werden müssen, der Empfehlung der Zentralleitung des Verbandes Wirkungskraft zu geben.“

Dabei ist Barnes weit davon entfernt, in dem Konflikt nicht anzuerkennen, daß die Arbeiter berechtigten Grund zur Beschwerde gehabt hätten. Diefem aber und damit den Tatsachen des Konfliktes auf den Grund zu gehen, bot Gelegenheit ein Schiedsverfahren, das in dem Kompromißvorschlages ausdrücklich vorgesehen war. Die Arbeiter hätten aber diesen Weg verworfen und beschlossen, es auf eine Kraftprobe ankommen zu lassen. Der Ausgang des ganzen Konfliktes gab nun Barnes und seinen Kollegen im Gesamtverband Recht.

Nachdem die Maschinenbauer ziemlich sechs Monate resultatlos gestreikt hatten, autorisierten sie in der zweiten Hälfte des August 1908 den Verbandsvorstand resp. die drei Verbandsvorstände anderer beteiligter Organisationen, von neuem mit den Unternehmern in Verbindung zu treten, und Mitte September akzeptierten sie dann, mit 4609 gegen 3739 Stimmen, das Ergebnis dieser Verhandlungen, das ihnen auch nicht die Spur mehr brachte, als ihnen durch den ersten Kompromiß zugesichert worden war. Im Gegenteil! Damals sollten ihnen zunächst die alten Löhne fortgesetzt und die Frage, ob

überhaupt eine Reduktion gerechtfertigt sei, von einem Unbeteiligten geprüft werden, jetzt wurde abgemacht und von ihnen akzeptiert, daß sofort ein reduzierter Satz gearbeitet werde. Um der Sache ein besseres Gesicht zu geben, folgte der Zusatz, daß eine von beiden Parteien beschickte Konferenz die Mittel beraten solle, in Zukunft durch ein besseres System der Verhandlungen in der Lohnfrage Arbeitsunterbrechungen zu vermeiden. Mit dieser Bestätigung, die nichts sagt, was nicht schon längst zu haben war, wurde die Arbeit nach sieben Monaten Ausstand am 24. September wieder aufgenommen. Die Kosten des absolut zwecklosen Streiks für die Organisationen beliefen sich auf über zwei Millionen Mark. Ueber zwei Millionen Mark um ein nichts verpulvert.

Also auch hier wieder das Resultat ähnlich wie vor einigen Jahren bei dem Konflikt in der Berliner Elektrizitätsindustrie: der in der Erregung beschlossene Kampf und das hartnäckige Festhalten an von vornherein als verloren feststehenden Forderungen brachte weniger als die verworfenen Verhandlungen. Und aus alledem schließt Bernstein: „Das Prinzip der Demokratie verlangt nicht, daß in allen Fällen die Masse entscheidet, es verlangt nur, daß die Masse die Verteilung der Vollmachten bestimmt.“ Hat sie das aber einmal nach reiflicher Ueberlegung und Erwägung getan, dann erfordert es unjeres Erachtens die bloße Vernunft, den bevollmächtigten Instanzen gegenüber auch Ordre zu parieren!

## Aus der Unfallstatistik der Textilberufsgenossenschaften vom Jahre 1907.

In der Textilindustrie wurden im Jahre 1907 12 669 Personen von einem Unfälle betroffen. Von diesen waren 2739 Unfälle entschädigungspflichtig, bezw. für 2739 Unfälle wurde im genannten Jahre zum ersten Male Entschädigung ausbezahlt. Von diesen Verletzungen hatten 50 den Tod, 1461 teilweise dauernde, 14 gänzliche dauernde und 1184 eine vorübergehende Erwerbsunfähigkeit zur Folge. Aus den Verletzungen fielen noch 23 279 Renten. In dem Jahre 1907 an 20000 Personen Entschädigung seitens der Textilberufsgenossenschaften gezahlt werden mußte. In einigen Berufsgenossenschafts-Bezirken sind die Unfälle absolut und prozentual gestiegen. Die Unfälle verteilen sich auf die einzelnen Textilberufsgenossenschaften wie folgt:

Berufsgenossenschaft	Unfälle überhaupt	Renten entfallend 1907	Renten aus Vorjahren	Wenigstens ein Unfälle auf 1000
Seiden-Berufsgsch.	1038	280	2105	2385
Nordd. Textilberufsgsch.	2511	546	3904	4450
Schlesische	745	187	1757	1944
Südwestliche	1740	291	2637	2928
Elb-Lothgr.	592	227	2410	2637
Rh.-Westf.	2624	440	4038	4503
Sächsisch.	2699	675	5828	6503
Seiden-Berufsgsch.	520	93	575	668
Zusammen	12 669	2739	23 279	26 018

Im Verhältnis war die Unfallgefahr am größten in dem Bezirke der Norddeutschen Genossenschaft, wo auf 1000 Versicherte 19,18 Verletzte kamen, am geringsten in der Seiden-Berufsgenossenschaft, wo nur 7,22 Unfälle auf 1000 Versicherte entfielen, es folgen dann Sächsisch mit 10,12, Schlesisch mit 12,36, Südwestliche mit 18,91, Elb-Lothgr. mit 15,02, Rheinisch-Westfälisch mit 17,32 und die Seiden-Berufsgenossenschaft mit 17,64 Unfällen auf 1000 Versicherte.

Ueber die Folgen der Unfälle mag folgende Tabelle Auskunft geben:

Berufsgenossenschaft	Tod	Erwerbsunfähigkeit		
		festw. dauernd	teilw. dauernd	vorübergeh.
Seiden-Berufsgsch.	13	142	1	124
Nordd. Textilberufsgsch.	16	212	5	313
Südwestliche	11	169	1	110
Schlesische	4	66	—	117
Elb-Lothgr.	4	205	—	18
Rh.-Westf.	9	301	2	128
Sächsisch.	19	338	5	313
Seiden-Berufsgsch.	4	28	—	61
Zusammen	90	1461	14	4184

Ueber die Hälfte aller Unfälle passierten an Motoren und Transmissionsen, Arbeitsmaschinen usw., ein erheblicher Prozentsatz ist auf Fallen von Leitern und Treppen, durch Rücken, in Vertiefungen usw. zurückzuführen.

Ueber das Verschulden der Unfälle sagt der Bericht der Rheinisch-Westfälischen Textilberufsgenossenschaft, der darin mit den Berichten anderer Genossenschaften im wesentlichen übereinstimmt:

Mangelhafte Betriebs-einrichtungen	Unfälle
Fehlende und ungenügende Schutzvorrichtungen	10
Fehlende und ungenügende Anweisung	2
Ungehörigkeit und Unachtsamkeit	292
Nichtbenutzung oder Verrückung vorhandener Schutzvorrichtungen	3
Handeln wider bestehende Vorschriften oder erhaltene Anweisung	82
Leichtsinn (Wagerei, Rederei, Trunkenheit usw.) Angenehme Kleidung (Kaltwerden, Faltsücht, Schürzen usw.)	8
Schuld des Arbeitgebers und des Arbeiters zugleich	1

Schuld von Mitarbeitern oder anderen Personen	Anzahl
Unvermeidliche Betriebsgefahr	17
Sonstige Ursachen (höhere Gewalt, Zufälligkeit usw.)	38
Nicht ermittelt und nicht nachgewiesen	2
Summa	440

Das scheint uns denn doch eine sehr bequeme Art von Statistik zu sein. Danach wären von 440 Unfällen 350 dem eigenen Verschulden der Verletzten zuzuschreiben. Es ist wahr, daß das tagtägliche Arbeiten mit den Maschinen vor der Unfallgefahr abstumpft und dadurch manche Verletzung verursacht wird. Aber Tatsache ist auch, daß Unachtsamkeiten und Verletzung der Vorschriften von den Vorgesetzten gar nicht genug beobachtet und gerügt werden. In vielen Fällen läßt der Meister die Verletzung der Vorschrift ruhig geschehen oder hat sie sogar veranlaßt. Man sollte die Arbeiter auch mehr über die Unfallgefahren aufklären, zweifellos würde dann die Anzahl „Ungehörigkeit und Unachtsamkeit“ nicht mehr mit so hohen Zahlen ausgefüllt sein. Aber daran mangelt es vielfach. Dem Schreiber dieses ist ein Ort bekannt mit rund 5000 Textilarbeitern, wovon mindestens 3500 Holländer sind. Die Bekanntmachungen und Erlasse der Berufsgenossenschaft werden aber nur in deutscher Sprache ausgehängt, so daß die übergroße Mehrzahl der Arbeiter auch nicht ein Jota davon lesen kann. Dabei ist der größte Unternehmer des Ortes noch Vorsitzender des betr. Berufsgenossenschaftsbezirks.

Ueber die Unfälle mit tödlichem Ausgang berichtet die Rheinisch-Westfälische Berufsgenossenschaft u. a.: Es ereigneten sich zwei Unfälle gleicher Art, von denen der eine den direkten Tod zur Folge hatte, der andere dagegen erst nach Verlauf mehrerer Monate. In beiden Fällen waren schwere eiserne Posten beauf Reparatur ausgehoben, auf die Seite gestellt und abgeteilt worden. Die Verletzten lagen, indem sie trotz Warnung an den Stützen handelten, beim Umsallen der Torpfähle unter diese zu liegen, wobei einer eine Schädelverletzung und der andere einen schweren Bruch des rechten Oberarmes erlitt, der bei dem 74-jährigen Mann wohl die Hauptursache seines Todes war. Ein Arbeiter fiel zur Reinigung auf einen Batterie, zog sich beim Absteigen durch Stoß gegen die Maschine eine Verletzung des rechten Fußes zu, welche er nicht beachtete. An der verletzten Stelle entwickelte sich Brand und Wundrose, welche nach etwa zwei Wochen den Tod zur Folge hatte.

Ein Fabrikarbeiter wollte einen Bahnschienenpassieren, als ein beim Rangieren abgehender Wagen das Führer, auf welchem er als Fußfänger saß, erfaßte und überfuhr, sodaß Fußfänger und Pferd getötet wurden.

Ein Todesfall war lediglich Folge des Reichthums eines 15-jährigen Jungen, welcher auf unaufgeklärte Weise sich in den Treibriemen einer Büstenmaschine verwickelte, hochgezogen und um die Transmissionsachse geschleudert wurde, beide Beine verlor und innere Verletzungen erlitt, wodurch der Tod sofort eintrat.

Mehrere Arbeiter übten einen Eisenbahnwagen auf dem Anschlaggleise in eine Fabrik. Eines der Arbeiter vom Gleise waren auf dem Fabrikhofe verbleibt, sodaß, als der Wagon dort anlangte, eine verhältnismäßig enge Gasse entstand. Der Wagon, der in der Mitte des Waggonfeldes schob, glaubte diesen genügend in Bewegung und stand still. Sein Hinterrad hatte das nicht bemerkt, brachte ihn durch sein Vorwärtsgucken zu Fall und wurde selbst mitgerissen. Beide wurden zwischen Wagon und Brüstungswand eingeklemmt und schwer verletzt. Der erstere starb nach einiger Zeit, der andere wurde zwar wieder hergestellt, bezieht aber noch 60 Prozent Rente.

## Ueber den Stand der „Gelben“

orientiert der Geschäftsbericht für das zweite Geschäftsjahr des „Arbeitervereins vom Werke Augsburg“, der unlängst von der Vorstandschaft des Vereins herausgegeben wurde. Die „fränkische Tagesschau“ ist in der Lage, Einzelheiten daraus mitzuteilen. Der Jahresbericht bietet sehr viel Interessantes. Wir wollen es deshalb nicht unterlassen, das Wesentlichste auch unsern Lesern mitzuteilen.

In Augsburg und Umgegend selbst existieren fünfzehn gelbe Fabrikvereine in fünf Maschinenfabriken, sechs Spinnereien und Webereien, zwei Schuhfabriken usw.; dazu kommt als 16. Verein der Brauereiarbeiterverein Augsburg. Von 1906 bis in diesen Betrieben beschäftigten Arbeitern sind 6326 oder 24,7 Prozent Mitglieder der gelben Bewegung. Dabei ist aber der prozentuale Anteil der Gelben in den einzelnen Fabriken sehr verschieden; so sind im Werk Augsburg der Vereinigten Maschinenfabriken Augsburg-Körnberg von 3274 Arbeitern 2390 oder 73 Prozent gelb, während der Prozentsatz bei der Mechanischen Baumwollspinnerei und Weberei Augsburg bei 3973 Beschäftigten nur 22,6 Prozent beträgt und in der Maschinenfabrik E. A. Niedinger auf 11,3 Prozent und im Brauereiarbeiterverein auf 7,6 Prozent herunterfällt. Mit diesen 16 Augsburger Vereinen fanden im März d. J. noch 16 weitere gelbe Vereine im Kartell, und zwar sind diese Vereine aber ganz Deutschland verteilt (Berlin, Magdeburg, Kiel usw.); von diesen führen zwei gelbe Vereine in Langenlonsdorf den Namen: „Baterländischer Arbeiterverein“.

Zu diesen Vereinen gehören auch fünf hayerische Vereine, und zwar: 1. der Arbeiterverein der Reichs- und Baumwollspinnerei und -Weberei in Bamberg (1400 Mitglieder bei 1700 Beschäftigten), 2. der Arbeiterverein der Reichs- und Baumwollspinnerei und -Weberei in Bayreuth (601 von 650), 3. der Arbeiterverein in Bamberg (42 von 45), 4. der Unterstufungsverein Siemens-Schuckert- und Arbeiter Nürnberg (1105 von 5600) und 5. der Arbeiterverein vom Eisenwerk Nürnberg (200 von 460).

Nach dieser Aufstellung hat es also in Bayern im März bis J. S. 1907 fast 1000 „gelbe“ Arbeiter gegeben.

Die Zahl der in dem gesamten gelben Kartell zusammengeschlossenen Arbeiter beträgt 21402 von 57733 in den betreffenden Betrieben Beschäftigten (37 Prozent). Diesem Kartell werden sich im Laufe der Zeit noch weitere gelbe, unterirdische und reichstreuere Arbeitervereine anschließen. Damit hat auch die Vereinheitlichung der verschiedenen Spielarten dieser Arbeitswilligenvereinigungen ein Ziel erreicht.

Aus dem Jahresbericht des „Arbeitervereins vom Werk Augsburg“ (dem ältesten und stärksten von den Augsburger gelben Vereinen) sind besonders folgende Einzelheiten von allgemeinem Interesse.

Der „Industrieverein Augsburg“ leistet zu der Augsburger gelben Zeitung „Die Wehr“ einen namhaften Zuschuß. Dieser selbe Industrieverein hat auch den sämtlichen Gelben die Kosten der Gewerkegewerkschaften erstattet; der A. B. V. verbündet für sich zu diesem Posten 585,36 M. Einnahmen vom Industrieverein.

Interessant ist auch die Aufzählung der Geschenke an die Gelben und die für sie als Gegenleistung für ihre Koalitionsrechtskämpfe geschaffenen Wohlfahrts-Einrichtungen. Dahin gehören 1. Jahresurlaub für die Gelben mit längerer Dienstzeit, Urlaubszuschuß von 10 M. pro Person; 549 Mitglieder erhielten Urlaub, weitere 73 Mitglieder, die von ihrem Urlaub keinen Gebrauch machen konnten, erhielten trotzdem diesen Zuschuß. Das Wert schenkte zum Zweck dieser Zuschüsse dem Verein 6300 M. 2. Die Altersprämien an die Gelben bis zu 50 M. pro Person. Dafür wurden aufgewendet 25176 M., die in der Schenkung des Wertes für die Christbaumfeier 1907 von 30000 M. enthalten sind. 3. Für circa 25000 M. wurden Lebensmittel durch das Werk Augsburg an die Gelben abgegeben; Nichtmitgliedern wurde diese Abgabe verweigert. 4. Eine weitere Begünstigung der Gelben wurde damit geschaffen, daß für sie der Revers außer Kraft tritt, den alle Arbeiter, welche bei Eintritt in das Werk Augsburg das 35. Lebensjahr überschritten haben, dahin ausfüllen müssen, daß sie auf Ansuchen an die Unterstufungsstelle für das Personal vom Werk Augsburg verzichten. 5. Unterstützung der Gelben während der aktiven Dienstzeit mit 3 bis 5 M. monatlich; ähnliche Unterstützung bei Heirats- und Landwehrleistungen war für 1906 vorgesehen. In der Jahresrechnung 1907 erscheint dieser Posten als Schenkung vom Werk Augsburg zu Unterstützungen mit 2537 M.

Weiter wird den Gelben versprochen, daß sie bei der Holzabgabe im Werk Augsburg in erster Linie berücksichtigt werden; die Errichtung eines Konsumvereins mit späterer Beteiligung der anderen Augsburger gelben Vereine ist in Aussicht gestellt und für weitere Zukunft die Errichtung eines Kindergartens, der Bau einer Halle für Turner und Sänger und von weiteren Arbeiterwohnhäusern, die Errichtung eines Altersheims für „alte, treue Arbeiter“ usw.

Die Gesamtrechnung schließt mit 47902 M. Einnahmen und Ausgaben ab, wovon nur 2451 M. auf ordentliche und 873 M. auf außerordentliche Mitgliedsbeiträge fallen; nicht man diese heißt den 5085,33 M. Zinsen, 70,95 M. Einnahmen aus Druckarbeiten und den vom Industrieverein gezahlten 685,36 M. ab, so hat das Werk Augsburg 38837 M. Bargeld für den gelben Vereinsbetrieb aufbewahrt. Die Zinsen stammen aus der Stiftung der drei Direktoren und des Produzenten Pfeiffer (160 000 M.) und aus den Ueberflüssen 1906 und 1907.

Die Firma selbst ist dann noch mit 16 000 M. Jahresbeitrag Mitglied der „Arbeiter-, Witwen- und Waisenkasse“ (A. B. V.) des A. B. V., die läßt sich also zurzeit jährlich ihre Gelben in bar 81837 M. kosten, nachdem sie zur Fundierung der A. B. V. bereits einen einmaligen Beitrag von 140 000 M. geliefert hat.

Der Generaldirektor Huz ist im Jahre 1907 Ehrenmitglied des A. B. V. geworden mit einem Jahresbeitrag von 1000 M. und einem einmaligen Mitgliedsbeitrag von 4000 M. usw.

Die Arbeitervereine veranstalteten ein Sommerfest und eine Christbaumfeier. An letzterer nahmen auch die Lehrlinge teil. Sie durften ein vorher eingekauftes Lied „Unter der gelben Flagge“ zum Vortrag bringen.

Aus dem Bericht geht hervor, daß man alle Ursache hat, die „gelbe“ Bewegung nicht aus dem Auge zu verlieren. Man versucht bereits die Lehrlinge für die „gelben“ Bestrebungen zu gewinnen. Ältere Arbeiter werden durch die Wohlfahrts-Einrichtungen „gekloppt“ und auf den Reiz verführt, die Unternehmer einen Druck dadurch auszuüben, daß sie den Arbeitern zu verstehen geben: Entweder ihr werdet „gelb“ oder ihr fliegt auf die Straße. So wird ein Arbeiterstand herangezogen ohne Mißtraub und Selbstbewußtsein. Es hat aber auch noch einen andern Haken. Nämlich: Die „Gelben“ werden Kämpfer für die liberale Partei — müssen es werden —, weil ihnen sonst der Vorkorb höher gehängt wird. Die von der Vorstandschaft des A. B. V. an die Mitglieder ergangene Aufforderung bei der letzten Landtagswahl ist noch überall bekannt. Es heißt darin:

„Damit sich unsere Mitglieder ein richtiges Bild machen können über das Eintreten von Zentrum und Sozialdemokratie im Reichs- und Landtag hinsichtlich der Vertretung der Arbeiterinteressen, empfehlen wir dringend, die jetzt schon stattfindenden Versammlungen der liberalen Partei fleißig zu besuchen.“

Deshalb die Augen auf! Die Bewegung nach jeder Richtung hin beobachtet und die christlichen Gewerkschaften gestärkt, dann werden auch die „Gelben“ nur eine vorübergehende Erscheinung sein.

### Die „Schwarzen Listen“ vor dem Reichstage.

Es ist nicht das erste Mal, daß die „Schwarzen Listen“, diese Urteilsbriefe moderner Vehmrichter, den Gegenstand der Verhandlungen des Reichstages bilden. Anlaß zu der Besprechung dieses Systems der Anklage der Arbeiterrechte am Freitag, 29. Jan., gab eine Interpellation des Zentrums, die bei dem Herrn Reichskanzler anfragt, welche Maßnahmen er dagegen zu ergreifen gedenke, daß Unternehmer durch sogenannte schwarze Listen und sonstige Vereinbarungen Arbeiter und Angestellte in ihrem wirtschaftlichen Fortkommen und in der freien Ausübung des gesetzlichen gewerkschaftlichen Koalitionsrechtes behindern.

In der „Textilarbeiter-Zeitung“ ist das „Schwarzen-Listen-System“ so oft besprochen worden, daß sich ein Eingehen auf dasselbe diesmal erübrigt. Kollege Giesberts legte in einer gründlichen Rede die ganze Mächtigkeit und Schändlichkeit dieses rassistischen Systems der Vorkorbung und Wechslung der Arbeiter offen. Mit durchschlagendem Beweismaterial belegte Giesberts seine Behauptung, daß die schwarzen Listen des Zentrums nicht lediglich zur Eindämmung des regellosen Arbeiterwechsels und zur Verhütung von Kontraktbrüchen eingeführt worden seien, wie von den Sechsenherren behauptet wird, sondern daß sie dazu dienen, dem Arbeiter sein Koalitionsrecht zu nehmen und mißliebige Elemente „zu raison“ zu bringen. Die Gründe des häufigen Arbeiterwechsels, der auch den Arbeiterorganisationen eine bedeutende Erschwerung der Agitations- und Organisationsarbeit bringe, sowie die Ursachen des Kontraktbruchs, den auch die organisierten Arbeiter einschleichen verurteilten, behandelte Redner eingehend und gab zugleich die Mittel an, mit denen diesen behauerlichen Erscheinungen entgegengetreten werden könne. Gegen die schwarzen Listen und ähnliche Vereinbarungen aber verlangte Redner gesetzliche Sanktion.

Nach der Rede des Kollegen Giesberts sprach Staatssekretär von Bethmann-Hollweg. Er fand dann und wann ein kräftiges Wort über das rassistische Vorgehen der Sechsenherren, suchte aber im übrigen diesen „gerecht zu werden“, die Sache „objektiv zu beurteilen“, so daß der langen Rede Sinn dahin zusammengefaßt werden kann: schwarze Listen sind erlaubt, sie sind einfach ein Kampfmittel im wirtschaftlichen Leben, das nicht die Unternehmer erfinden, sondern die Entwicklung des gewerblichen Lebens gezeitigt hat, ein gesetzgeberisches Eingreifen ist ausgeschlossen, dann

müßten auch die Sperremaßnahmen der Arbeiter getroffen werden; die Frage liegt sich nur paritätisch behandeln. An sich ist ja das Sperre-System im Lohnkampf generell erlaubt, und Mißbräuchen in einzelnen Fällen könne schon durch die Anwendung des § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches entgegengetreten werden, wenn der Begriff der „guten Sitten“ so gefaßt werde, wie es die wirtschaftlichen und sozialen Zustände erfordern.

Kollege Giesberts hatte freilich schon vorher nicht vergessen, darauf hinzuweisen, daß es den Arbeitern einfach unmöglich sei, erst im Klagenwege Schadenerlass zu verlangen, so daß der Rat des Staatssekretärs ziemlich unglücklich war. Auch daß der Paragraph 113 der Gewerbeordnung und die Kennzeichnung der Arbeiter durch schwarze Listen, die, wie die „Soziale Praxis“ ganz richtig sagt, doch praktisch nicht weiter als einen Anhang oder einen geheimen Erlaß der Zeugnisse darstellten, rechtlich nichts miteinander zu tun hätten, glaubte der Minister behaupten zu sollen.

Die Heimlichkeit der schwarzen Listen wollte ihm allerdings auch nicht gefallen, aber er tröstete sich damit, daß der Sechsenverband in Essen, der allein 5600 Arbeiter als „kontraktbrüchig“ auf seinen Listen stehen hat, die Heimlichkeit abschaffen und jedem Arbeiter Mitteilung davon machen will, wenn es auf die schwarze Liste gesetzt wird. Als wenn damit dem Arbeiter, der infolge der schwarzen Listen brotlos wird und bei den Vereinigungen der Arbeitgeberverbände in deren Betrieben überhaupt keine Arbeit mehr finden kann, geholfen wäre!

Es ist auch nicht richtig, daß nur kontraktbrüchige Arbeiter von dem Sperre-System der schwarzen Listen betroffen werden, sondern auch diejenigen haben darunter zu leiden, die als Vertrauensleute der Arbeiter ihre Wortführer bei den Arbeitgebern sind, auch die unteren Beamten, wie zum Beispiel die Steiger bei den Bergwerken:

Es ist ein Kampf gegen die Organisation der Arbeitnehmer.

Die Koalition der Arbeitgeberverbände richtet sich deshalb auch gegen die Beamtensorganisationen. In dieser Beziehung konnte der Abg. Giesberts auf das bekannte Rundschreiben des Verbandes der bayrischen Metallindustriellen hinweisen, in denen die Unternehmer aufgefordert wurden, Beamte, welche einer Organisation angehören, überhaupt nicht anzustellen. Im Münchener Bezirk muß er sogar einen Revers unterschreiben, daß er ohne Anspruch auf Gehalt und Naturalbezüge entlassen werden kann, wenn er während seiner Dienstzeit wieder einer Organisation beiträgt.

Das ist doch das Schandbarste, was jemals auf diesem Gebiete vorgekommen ist“, bemerkte dazu Kollege Giesberts. Wo bleibt denn da das gesetzliche gewerkschaftliche Koalitionsrecht der Arbeiter?

Der Minister redete von „paritätischer“ Regelung der Materie. Wäre in diesem Falle die Parität keine bittere Ungerechtigkeit gegenüber den Arbeitern? Die Gesetzgebung soll durchaus gerecht vorgehen, aber muß sie dann nicht so beschaffen sein, daß die bestehenden bedeutenden Unterschiede in der Machtstellung der beiden Parteien ausgeglichen werden? Die schwarzen Listen des Sechsenverbandes deshalb zulassen, weil auch die Arbeiter (in der Regel nur bei Arbeitslosigkeit) Sperremaßnahmen anwenden, ist eine „Parität“ die dem sozialen und gerechten Empfinden und den Bedürfnissen unserer Zeit direkt entgegensteht. Von einer gerechten Parität könnte nur dann die Rede sein, wenn auch die Arbeiter zu denselben Mitteln mit derselben Wirkung greifen könnten, wie der Sechsenverband in bezug auf schwarze Listen das kann.

Was ist das Resultat der Debatte? Eine ministerielle Sanktion der rassistischen Handlungen unzulässig? Das wohl nicht! Bethmann-Hollweg hatte mancherlei Bedenken gegen die schwarzen Listen. Es solle jeder Einzelne geprüft werden, ob eine Verletzung des Gesetzes vorliegt. Die Unternehmer haben dem Minister versprochen, in Zukunft jedem Arbeiter Mitteilung zu machen, der in die schwarze Liste eingetragen wird. Das versprochen die Sechsenherren. Ob sie ihr Versprechen halten? Wer will kontrollieren, wenn sie gerade in besonderen Fällen diese Mitteilung unterlassen? Wenn z. B. ein Vertrauensmann der Gewerkschaft gemäß

regelt werden soll. Ob durch die Debatte das „soziale Gewissen“ der Sechsenherren getrocknet wurde und sie in Zukunft milder verfahren? Man kann bezweifeln, denn die können schon was betragen, und ihre schamlosmachende Rastlosigkeit läßt sich so leicht nicht in Erregung bringen. Aber erfreulich war doch, daß fast sämtliche Redner, die zu der Interpellation sprachen — sogar der Syndikus des sächsischen Industriellen-Verbandes, Abg. Streifmann — das Vorgehen der Sechsenherren verurteilten. Aufgabe der Gewerkschaften (s. d. Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter muß es sein, weiteres Material in dieser Sache zu sammeln, nach Möglichkeit die einzelnen Missetatungen genau zu untersuchen, um bei geeigneter Zeit erneut einen Vorstoß gegen Willkürherrschaft und Scharfmachertum unternehmen zu können.

### Zu ernstlichem Nachdenken

müssen uns mehrere Vorgänge anregen, so schreibt man uns, die sich in letzter Zeit in einzelnen Textilbetrieben in Bamberg (Bayern) und in der Umgebung abgepielt haben. Es sind Vorgänge, die wieder so recht dazu ansetzen, die unorganisierten Textilarbeiter die Augen zu öffnen und sie erkennen zu lassen, daß es die allerhöchste Zeit ist, sich aufzuraffen und endlich mit Hand anzulegen an die Verbesserung ihrer Lage.

In der ersten Hälfte des vergangenen Jahres war die Gleicherei, Färberei und Appreturanstalt Bamberg noch reichlich mit Aufträgen versehen. In dieser „guten“ Zeit wollten die in dem genannten Betriebe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen mit Hilfe ihrer Organisationen den Versuch machen, ihre Arbeits- und insbesondere zum Teil noch recht traurigen Lohnverhältnisse aufzubessern. Ein Recht, das ihnen niemand freitig machen konnte, umso weniger, als dort an die Arbeiter noch Löhne gezahlt wurden von 2,40 M., 2,20 M., 2,00 M., ja sogar von 1,80 M. Die von der Beschäftigten beauftragten Vertreter unternahm und des „deutschen“ Verbandes wurden mehrmals von der Betriebsleitung in dieser Angelegenheit empfangen, und schließlich wurde auch die Firma in etwa der Arbeitskraft entgegengekommen, wenn nicht ein Rückschlag in der Konjunktur eingetreten wäre. Die Firma ließ nun Feiertage einlegen und entließ sogar eine Anzahl Arbeiter. Den Delegationsvertreter wurde rüde erklärt, daß unter diesen Umständen zur Zeit an eine Erhöhung der Löhne nicht gedacht werden könne. Unorganisierte und auch einzelne Mitglieder des „deutschen“ Verbandes wollten nun aber trotz der veränderten Sachlage von einem vorläufigen Aufgeben der Bewegung nicht wissen und empfahlen das letzte wirtschaftliche Kampfmittel, den Streik. Die Delegationsvertreter wiesen der Beschäftigten nach, daß die Firma sich ins eigene Fleisch schneiden und selbst schädigen würde, wenn sie die Produktion längere Zeit einschränkte, nur zu dem Zweck, die Arbeiter zu ähnen. Zudem hätte man es in der weitesten Öffentlichkeit nicht bestehen können, wenn Organisationen die Einwilligung zu einem Streik gegeben hätten zu einer Zeit, wo für die Arbeiter des Betriebes, der befreit werden sollte, Feiertage eingelegt und eine Anzahl Arbeiter angeblich wegen Mangel an Aufträgen entlassen wurden. Es fand fest, daß dann, wenn die Firma durch die Produktionsbeschränkung die Arbeit verlor, die Arbeiter zur freiwilligen Zurücknahme ihrer Forderungen zu veranlassen, dieses Mandat schon sehr bald hätte offensichtlich werden müssen. Vor der öffentlichen Meinung, ein nicht zu unterschätzender Faktor bei wirtschaftlichen Kämpfen, fanden wir aber nur dann vollsten Erfolg, wenn wir mit dem allerletzten Mittel solange durchhielten, bis das Geschäft sich wieder gehoben hatte. Es wird doch auch wohl niemand von der Organisation verlangen wollen, daß sie dann einen Streik herbeiführt, wenn es den Unternehmern gerade in den Krampf paßt. Dieser Erkenntnis konnte sich auch die Beschäftigten, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht verschließen. So beschloß man, die Bewegung für vorläufig aufzugeben und zu erklären. Die Delegationsvertreter behielten jedoch die Beschäftigten das Versprechen, daß sie, sobald sich der Geschäftsgang bei der Firma wieder gehoben hätte, die Interessen der Beschäftigten mit aller Entschiedenheit vertreten würden, wenn — auch die Arbeiter selbst dem Verbands die Treue bewahren.

Diese Selbstverständlichkeit schien nun aber einigen Ueberflüssigen, früheren Mitgliedern des „deutschen“ Verbandes, nicht in den Krampf zu passen. Eine Anzahl Arbeiter wurden solange „beharret“, bis sie lappig geworden und der Organisation den Rücken kehrten. In ihrem eigenen größten Schaden, wie wir sogleich sehen werden. Der schärfste Geschäftsgang hielt nicht lange bei der Firma an. Es wurde zunächst wieder die frühere Arbeitszeit eingeführt. Aber das nicht allein. Die im Betriebe noch zurückgebliebenen und nicht wegen Mangel an Aufträgen entlassenen Arbeiter wurden nun noch seitens der Meister und Angestellten im Betriebe dermaßen „angetrieben“, daß sie die Arbeiten, die früher von den entlassenen Kollegen gemacht wurden, mitberichtigten. Regen wir uns nun folgende Fragen zur Selbstbeant-

### Warum?

(Eine wahre Geschichte für Arbeiterfrauen.)

(Schluß.)

„Ungezieser ist es nicht!“ rief Frau Müller. „Was ist es denn?“ neckte Anna. „Ein Stab ist's“, schrie sie endlich, müde gemacht, „her damit!“

„Ich zog den Stab aus den Haaren und reichte ihn ihr. Sie begrüßte ihn „Muhrruhig“, rief sie, „da hängt ein Haar dran! Sie Grubian, Sie.“

„Ja, Frau Müller“, sagte ich, „wenn der Arbeiter dem Arbeitgeber allein gegenübersteht, muß er Haare lassen.“

Wieder lachten die andern. Merkwürdig nahm Frau Müller den Stab, brach ihn entzwei und warf mir die Stücke an den Kopf.

„Reiß ja“, sagte ich, „recht ja, Frau Müller; haben Sie, einen einzelnen Stab zerbricht man leicht. Doch einer gefällig? Wollen Sie noch einen zerbrechen?“

Sie nahm den hingehaltenen zweiten Stab, zerbrach ihn und warf die Stücke hinter den Ofen. „Nun einer gefällig?“ fragte ich wieder.

Da lacht aber Frau Eibich das ganze. „Stab Sie denn übergehaupt? Zu was glauben Sie denn, habe ich die Stäbe gepißt? Man aber her damit!“

Sie wollte mir noch die letzten fünf oder sechs entreißen. Ich hat sie aber: „Lassen Sie sie mir noch einen Augenblick, wenn sie zu Schaden kommen, werde ich sie zerschneiden.“

Frau Eibich gab noch. Ich zog einen harten Hühneraus der Tasche, band die Stücke in ein Bündel und legte es vor Frau Müller hin. „Wollen Sie dies Bündel zerbrechen können, Frau Müller“, sagte ich, „dann zerbrache ich einen harten Faser.“

Frau Müller sah mich ungläubig an. Ich griff zu die Tasche und legte einen Faser hin. „So, dieser Faser gehört Ihnen, wenn Sie das Bündel zerbrechen.“

Da nahm sie das Bündel und versuchte es zu zerbrechen, erst auf der Rückseite, dann über ihrem Knie. „Nee, es geht nicht“, rief sie, rot vor Anstrengung, und warf das Bündel hart auf die Erde.

„Ich hefte meinen Faser wieder ein.“ „Sehen Sie, Frau Müller“, sagte ich, „den einzelnen Stab konnten Sie zerbrechen, das Bündel nicht. Genau so ist's mit den Arbeitern. Den einzelnen kann jeder Arbeitgeber leicht unterwerfen. Wenn sie aber zusammenhalten, sind sie hart. Einigen magt hart. Und die nötige Einigkeit gibt aus der Verbänd. Der bindet uns zusammen, daß uns keiner zerbrechen kann.“

„Ich wollte ihr eben die Hand reichen, da klopfte es an der Tür.“ „Herein!“ rief Frau Eibich.

„Wenn man in Rasse spricht!“ lautete Anna. „Sieh da, da ist der Verbänd-Vertrauensmann!“

„Herein trat ein Mann mit einer Ledertasche, grüßte und wurde freundlich begrüßt und gebeten, sich zu setzen. Frau Eibich stand auf, holte sechs Strohhalben, zählte sie ihm vor und empfing die Dankungsmärkte dafür.“

„Rein Mann gibt mir immer zeitig den Beitrag“, erklärte sie der Schwester, „damit der Vertrauensmann nicht den weiten Weg vergeblich macht.“

„Ja“, sagte die Vertrauensmann, „der Weg ist weit. Deshalb habe ich auch für das kranke Mitglied Berg, der nebstan wohnt, gleich das wöchentliche Krankengeld mitgebracht. Damit lege er sechs Mark auf den Tisch.“

„Ich bringe es ihm gleich“, sagte Anna, stand auf und kam nach wenigen Minuten mit Bergs Dankung zurück. Unterwegs hatte sich Marie an den Vertrauensmann gewandt.

„Der ganze Krankengeld habe ich von nichts weiter gehört als von Ihren christlichen Gewerkschaften“, sagte sie. „Ich gebe bereits Haare dafür lassen müssen. Was würden Sie noch dafür lassen?“

„Rein kein“, lautete der Vertrauensmann. „A — das hat jetzt nichts mehr zu sagen, aber noch vor zehn Jahren war es gefährlich, ein organisiertes Arbeiter zu sein oder für die Organisation was zu tun. Doch die Zeiten sind vorbei. Die

Opfer, die unser Verband jetzt verlangt, sind klein, der Regen, den er gewährt, ist aber groß.“

„Ja“, sagte Frau Müller, „der Regen ist groß.“ Und sie begann an den Fingern zu zählen:

„Unfallunterstützung, Sterbegeld —“

„Gewiß“, unterbrach sie der Vertrauensmann, „wie geben den Hinterbliebenen eines tödlich Verunglückten 300 Mark. Damit kann die Frau die großen Ausgaben decken und auch die ersten Tage noch leben. Sie ist dann doch gleich auf die Wohlthätigkeit anderer Leute oder gar auf die Armenverwaltung angewiesen. Ueberhaupt macht unser ganzes Unternehmungswezen uns frei von den Armen anderer Leute.“

Frau Müller nickte verständnisvoll. „Und dann auch noch“, sagte sie mit Wärme, die Zeugnissen, auf die im Arbeiterverein immer so geschimpft wird, weil sie dummes Zeug bringen und den Arbeiter zum Beschlagen machen, treiben wir dadurch aus dem Hause, denn ich kenne viele Familien, die auf solch eine Zeitung mit Unfallunterstützung abonniert sind. Ich will diesen Leuten sagen, daß ihre Männer in die Gewerkschaft gehen, dann kriegen sie noch Anrecht auf die Unfallunterstützung und viele andere Unternehmungsarten.“ Und Frau Müller begann von neuem zu zählen:

„Unfallunterstützung. (Das kam auf den Namen.)“

„Krankengeld. (Das kriegt der Zeigfinger.)“

„Unterstützung bei Wafregelung. (Da kriegt der Mittelfinger um.)“

„Unterstützung bei Streiks. (Da mußte der vierte Finger sich heugen.)“

„Unterstützung bei Arbeitslosigkeit. (Da kriegt der kleine Finger ein.)“

„Erkrankungsallo sah Frau Marie Müller den Vertrauensmann an. „Ja“, lautete der, „wo kriegen wir was den letzten Finger her? Ich würde Ihnen ja gern einen von meinen anbieten.“

„Behalten Sie Ihre man“, lehnte Marie großmütig ab. „Ich nehme lieber meine rechte Hand zu Hilfe. Also schließlich dabei mußte sie ten Taumen

auf den Tisch) — schließlich gibt die christliche Gewerkschaft — na, was denn? Nun, helfen Sie mal!“

„Unterstützung bei Aussperrung.“ Kam Karl Eibich dem Vertrauensmann zuvor. „Marie, darauf, daß der christliche Textilarbeiterverband mir Unterstützung zahlt bei Aussperrung und Arbeitslosigkeit, darauf beruht ja meine ganze Existenz! Das habe ich dir ja doch lang und breit auseinander-gesetzt vorhin.“

„Na, quod denn?“ wehrte Marie empfindlich ab. „Also schließlich Unterstützung bei Aussperrung. Nun sind wir am Ende.“

„Ne, am Ende gibts Sterbegeld.“ fuhr der Vertrauensmann fort. Nehmen Sie Ihren rechten Zeigfinger nur auch mit und sagen Sie: Siebentens Sterbegeld.“

„Also Siebentens Sterbegeld.“ wiederholte Marie. „Und nun lassen Sie mich in Ruhe mit Ihren christlichen Gewerkschaften. Ich kann jetzt nichts mehr davon hören.“

„Aber von unserer Anna kannst du was hören. An die denke und sage: Nichts Rechtschuh-Rechtschuh, auch wenn die Klassen der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung mit der Zahlung der Versicherungsgelder Schwierigkeiten machen.“

„Neuntens Reiseunterstützung.“ ergänzte der Vertrauensmann. Wenn Sie später mal einen wandernden Sohn haben und er ist Mitglied unserer Verbandes, dann braucht er nicht von Tür zu Tür zu laufen und Klinten zu putzen. Da hielt Frau Marie sich die Ohren zu und sagte: „Hört Ihr jetzt nicht auf, laufe ich zu Breiweiß.“

„Das tun Sie nur.“ rief der Vertrauensmann. „Da kommen Sie vom Regen in die Traufe. Breiweiß ist ja selber Vertrauensmann.“

Da lachten wieder alle zusammen. Dann stand der Vertrauensmann auf und sagte Lebewohl. Frau Müller ließ er einen Pack Zeitungen da —

wortung vor: Waren solche Vorgänge auch möglich gewesen, wenn die Arbeiter trenn zur Organisation gekommen? Angenommen mal, die Firma hätte bei der Lohnbewegung der Arbeiter nicht nur Stand in die Augen streuen wollen, die Arbeiter aber wären nicht der Organisation untergeordnet, so hätten wir denn nicht jetzt in diesem Falle mit einem viel größeren Rechte wieder unter alten Forderungen erbeben und auch mit dem nötigen Nachdruck vertreten?

Daraus mögen unsere Mitglieder ersähen, einen wie schlechten Dienst jene der Arbeiterkraft geleistet haben, die Verwirrung in die Reihen der Belegschaft hineintrugen zu einer Zeit, wo doppelte Einigkeit und zähes Festhalten an der Organisation so bitter notwendig war.

Und nun noch zu einigen für uns ebenfalls lehrreichen Vorgängen in der mech. Baumwollspinnerei und Weberei Bamberg. Bei Gelegenheit des 50-jährigen Geschäftsjubiläums dieser Firma im vergangenen Jahre glaubte der Betriebsleiter, Herr Kommerzienrat Semlinger, in einer Festschrift, die bei diesem Anlaß herausgegeben wurde, auch eine Längs für seine „Helden Selben“ drehen zu müssen. Um seine „Getreuen“ von den wacklichen und entzündlichen Interzessenvereinigungen, den Gewerkschaften abzuhalten, schrieb Herr Kommerzienrat Semlinger in seiner Festschrift von „fortgesetzten Bemühungen von auswärts herbeigekommener Berufsagitatoren, die unsere Arbeiter — zur Unzufriedenheit verleiten.“ Wir wollen nun heute nicht so hochhaft sein und annehmen, daß als man dieses schrieb, a b s i c h t l i c h in diesem Falle Ursachen und Wirkungen verwechselt hat. Herr Semlinger schreibt doch selbst von „herbeigekommenen Agitatoren.“ Ja warum wurden diese denn von den Arbeitern gerufen? Doch nur, weil die Unzufriedenheit unter der Arbeitererschaft doch schon da war. Also die „berufsmäßigen Agitatoren“ wie sich Herr Kommerzienrat Semlinger in seiner Festschrift geschmackvoll ausdrücken beliebt, brauchten nicht erst zu kommen, um „unser“ Arbeiter zur Unzufriedenheit zu verleiten.

Heute wollen wir nur an einem Vorgange zeigen, wie die Arbeitererschaft unzufrieden gemacht wird, nicht von „berufsmäßigen Agitatoren“, und wie die Arbeitererschaft sich dann auch mit vollem Rechte an die Organisationsvertreter wendet, um bei solchen Anlässen wieder zu ihrem Rechte zu gelangen. In den letzten Jahren wurden von der Firma 27 resp. 28% Dividenden an die Aktionäre verteilt und zudem noch ganz bedeutende Abschreibungen vorgenommen. Wegen Ende vergangenen Jahres nun, also nachdem das Geschäftsjubiläum der Firma, bei welcher Gelegenheit die Wohlfahrtsvereinigungen und Arbeiterfürsorge der Firma in allen Lokalen gebieten wurden, gefordert war, wurden nun plötzlich die Arbeiter darauf „vorbereitet“, daß eine Lohnreduzierung resp. Fortfall der Feuerungszulage erfolgen würde. Ist es nun verwunderlich, wenn der Arbeitererschaft das Verlangen für die Notwendigkeit einer solchen Beschäftigung der Lohnverhältnisse fühlte, nachdem doch auch die Aktionäre wahrlich nicht zu kurz gekommen sind? Solche und ähnliche Vorgänge sind nur dazu angetan, daß auch die Spinnereien, die Herr Semlinger in seiner Festschrift auf die Mitglieder „seiner“ Arbeitervereins geht, zuzuschanden werden. Ja wie man in den letzten Wochen oft genug hören kann, sollen viele Mitglieder des „Arbeitervereins“ für die Baumwollspinnerei und Weberei Bamberg es schon sehr bereut haben, bei der Krankentafelwahl im Dezember einem „Selben“ ihre Stimme gegeben zu haben. Diese Arbeiter fürchten, daß, wenn einmal in der Spinnerei alles „gelb“ wäre, es auch mit den „Wohlfahrten“ und der „Arbeiterfürsorge“ der Firma in Ende haben würde. Ob diese Arbeiter so ganz unrecht haben? In diesem Falle hätte ja die Arbeitererschaft den „berufsmäßigen Agitatoren“ vieles, ja wenn nicht sogar alles zu verdanken, was in den letzten Jahren in „Arbeiterfürsorge“ und „Wohlfahrtsvereinigungen“ von der Firma gemacht worden ist.

sich mit diesem einverstanden. Im Anfange dieses Jahres habe die Firma ihre jährlichen Stühle mit Arbeit befelegt und erwarteten die Arbeiter sie nun an ihr gegebenes Versprechen.

Die Firma suchte sich, ihr Versprechen einzulösen, und da es auch noch im Laufe der Verhandlungen zu einem Kompakt mit dem nennenswertesten Anschluß kam, legte die Belegschaft am 6. Januar ohne Einhaltung einer Ständigungsfrist die Arbeit nieder. Durch Bewirtelung des Vertreters des christlichen Textilarbeiterverbandes gelang es im Laufe des Tages, die Firma zur Anerkennung des Ausschusses zu bewegen, und wurde dem letzteren in einer Unterredung mit der Firma die Abstellung verschiedener Mißstände vorgeschoben. Ueber die Tariffrage wurde der Arbeitgeberverband mit dem christlichen Textilarbeiterverband in Verhandlungen eingetreten. Hierauf wurde am nächsten Morgen von der Belegschaft die Arbeit geschlossen wieder aufgenommen.

Das Resultat der Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband war, daß sich die Firma nach am 3. Februar schriftlich verpflichtete, für alle nach dem 1. März angefangenen Stücke den Tariflohn zu zahlen. Desgleichen wurde die Arbeitszeit neu geregelt. Die 1 1/2-stündige Mittagspause war ebenfalls von der Firma, nach Wiedereröffnung des Betriebes, nicht mehr respektiert worden. Am 3. Februar wurde die Arbeitszeit folgendermaßen geregelt:

In Winterhalbjahr von 1. Oktober bis 31. März wird gearbeitet von morgens 7 bis 12 und nachmittags von 1 bis 6 1/4 Uhr, einschließlich einer Morgens- und Nachmittagspause von je 1/4 Stunde.

Dieser Erfolg ist ungewisselhaft dem Umstände zuzuschreiben, daß die Belegschaft mit wenigen Ausnahmen der Organisation angehörte und während der Bewegung einig blieb.

In vielen Nachener Lohnwebereien, besonders in den mittleren und kleinen Betrieben, kennt man den Minimaltarif nicht mehr, und haben sich auch allerhand sonstige Mißstände eingebürgert. Der oben angeführte Erfolg bei der Firma Rahr muß Anlaß sein, daß sich die in den Lohnwebereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen aufrufen und energig ihr Recht fordern. Dazu ist jedoch vor allen Dingen nötig, daß sich diese Kollegen und Kolleginnen dem Zentralverbande christlicher Textilarbeiter anschließen, und wenn in nächster Zeit von den Organisationen der Ruf ertönt, Mann für Mann die Versammlungen besuchen.

Wir dürfen uns nicht damit zufrieden geben, in einem Betriebe den Minimaltarif wieder zur Geltung gebracht zu haben, sondern unser Bestreben muß dahin gehen, in allen Lohnwebereien von Nachen und Umgegend wieder geordnete Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzuführen. Dazu bedarf es jedoch einer starken Organisation und der Mitarbeit aller in Betracht kommenden Kollegen und Kolleginnen.

**Berichte aus den Ortsgruppen.**

**Kenbach.** Einen guten Besuch hatte unsere am 24. Januar stattgefundene Ortsgruppen-Generalversammlung aufzuweisen. Nach Erstattung des Kassensberichts hielt Kollege Pfeifer einen Vortrag über das neue Verbandsstatut. Da unser bisheriger Vorsitzender, Kollege Heberle, sein Amt mit Rücksicht auf Familienverhältnisse niederlegte, wurde an dessen Stelle Kollege Joseph Hierholzer als Vorsitzender gewählt. Der bisherige Kassierer, Kollege Köhler, wurde mit großer Majorität wiedergewählt. Zum Schluß wurde noch eine der Ortsgruppe geschenkte Wildertafel sowie 30 Stück Gewerkschaftsschriften verlost. Im gemächlichen Teil der Versammlung unterhielt Kollege Berger die Anwesenden noch einige Zeit.

**Breyell.** Praktische Ortsgruppenarbeit. Die Tagesordnung der am 24. Januar stattgefundene Generalversammlung wies zwei interessante Punkte auf, nämlich Jahresbericht und Arbeitslosenunterstützung. Der Kassierer Joseph Schumler erstattete den Quartalsbericht. Ihm wurde Entlastung erteilt. Den Jahresbericht erstattete der Vorsitzende Heinrich Görz. Am 1. Januar 1908 waren 235 Mitglieder vorhanden, 228 männliche und 7 weibliche. 212 Mitglieder bezahlten wöchentlich 30 Pfg., 12 25 Pfg. und 11 Invaliden 5 Pfg. Neuaufnahmen waren 11 zu verzeichnen, einer zog zu; während 30 Mitglieder austraten, drei verstarben und eines starb. Januar 1909 waren vorhanden 213 Mitglieder; männliche 205, weibliche 8. Einen 40 Pfgs.-Wochenbeitrag bezahlten 12, 182 einen 30 Pfgs., 8 einen 25 Pfgs., und 11 einen 5 Pfgs.-Wochenbeitrag. Die Gesamteinnahme der Ortsgruppe betrug 3218,05 Pfg., an die Zentralkasse abgeliefert 2403,14 Pfg., 85 Mitglieder erhielten Krankengeld in Höhe von 242,20 Pfg. Ein Kollege erhielt 30 Pfg. Krankengeld, ein anderer 60 Pfg. Sterbeunterstützung. Im Jahre 1908 fanden 13 Vorstand- und 6 Vertrauensmännerversammlungen statt. Mitgliederversammlungen wurden fünf abgehalten. Es fanden auch mehrere Sitzungen mit anderen Ortsgruppen statt. Der Schulung der Mitglieder wurde Rechnung getragen durch Vortrag in den Versammlungen und durch Einrichtung eines Unterrichtskurses, der von der Ortsgruppe und dem katholischen Arbeiterverein gemeinsam unterhalten wird. Eine Invalidenrentensache unterstützte der Vorsitzende, sie wurde zugunsten des Mitgliedes entschieden. Eine vom Vorsitzenden bearbeitete Unfallrentensache schwebt noch am Reichsversicherungsamt. Aus Anlaß der schlechten Konjunktur wurde eine Eingabe an den hiesigen Gemeinderat gerichtet bezüglich Notstandsarbeiten. Der Erfolg war, daß den Arbeitslosen Arbeit zugewiesen wurde. Die Eingabe stütze sich auf folgende statistische Erhebungen, die vorgenommen wurden vom 1. Oktober bis 15. November vergangenen Jahres. Von den 213 Mitgliedern gab es 180 berichtigt. Diese 180 standen in folgendem Lebensalter: bis 20 Jahre 13, von 20-30: 63, von 30-40: 32, von 40-50: 35, von 50-60: 34 und über 60: 5. 99 Mitglieder waren verheiratet und 81 ledig. Auswärts waren beschäftigt in Dallen 3, Birken 5, Stabach 4, Deht 5, Mägde 1, Bracht 1 und Krefeld 1. Von den Berichtigten waren 59 Samtbauwebler, 75 Samtwebler, 24 Häber, 5 Scheerer und 7 Halbscheerer. Unter den Berichtigten waren 4 weibliche Mitglieder und zwar 3 Winderinnen und eine Stoffweberin. Die 99 verheirateten Mitglieder hatten zusammen 363 Kinder, wovon 110 mitverbannten. — Die Arbeitszeit war folgende: Es arbeiteten

Mitglieder	Stunden
34	10
42	9
4	8

Von den 180 Mitgliedern haben Feiertage eingelegt müssen 103 und gänzlich arbeitslos waren 12. Die 103 Mitglieder hatten zusammen 1033 Tage gefeiert, Sonntag nicht gerechnet. Für Notstandsarbeiten erklärten sich 13 Mitglieder bereit. Soweit die Erhebung. — Die Niederlöcher Samtweber arbeiten heute 3 1/2 Stunden, die Bandweber augenblicklich von 8 Uhr morgens bis zum Abenddunkel. In der de. Vollenbach Weberei arbeiten die Samtweber mit einigen Ausnahmen bis 4 Uhr nachmittags, dazu wochenlanges Warten. Die Bandweber können fast alle nur mit beschränkter Stützzeit arbeiten, so daß sich ihr 14tägiger Verdienst bewegt zwischen 20-30 Pfg., je nach Luckität des Kräftes. (Den Kollegen von Breyell gebührt Anerkennung für ihre interessanten Erhebungen. Das ist richtige und wichtige Ortsgruppenarbeit. Allen Ortsgruppen zur Nachahmung empfohlen. D. N.)

**Grundbesitzer. Generalversammlung.** Die Rechnungsablage vom letzten Quartal ergab in Einnahme und Ausgabe 4085 Pfg. Die Jahresrechnung wies eine Einnahme von 19774,10 Pfg. auf. An Unterhaltungen wurden gezahlt: Krankengeld 2888,80 Pfg., Sterbegeld 270 Pfg. An gemahregelte Kollegen zahlte die Ortsgruppe 446,40 Pfg. Die Ortsgruppenkasse verfügt über einen Bestand von 3719,89 Pfg. Hierauf sprach der anwesende Bezirksvorsitzende, Kollege Camps, über Wohlfahrtsvereinigungen im allgemeinen. Vom christlichen Standpunkt aus sei jede Wohlfahrtsvereinerichtung zu begrüßen. Dant dem Arbeitgeber, der die Caritas im richtigen Sinne über. Leider treffe dies nicht immer zu. Mit Enttäuschung wies Redner ihm seitens einiger Arbeitgeber, besonders des Herrn Bartmann, in den Mund gelegte Behauptungen zurück, die er nicht gemacht habe. Nachdem Kollege Hellebröder durch Tatsachen nachgewiesen hatte, daß organisierte Arbeiter vom Arbeitgeberverbande gesperret bzw. von den Wohlfahrtsvereinigungen ausgeschlossen seien, ja sogar der gemeinnützige Bauverein in den Dienst des Terrors gestellt wurde, veranlaßte man eine Zellersammlung für einen erkrankten Kollegen, der auch von diesem Schicksal betroffen wurde. Diese ergab die Summe von 22,40 Pfg. Ferner regte man an, eine Unterstufungskasse innerhalb der Ortsgruppe zu gründen, um so den ärmeren Kollegen in allen Lebensfällen des Lebens beizustehen. Hierüber soll in der nächsten Versammlung Beschluß gefaßt werden. Unter Verschiedenes regte man eine Hausagitation an. Diefelbe soll mit dem Arbeiterverein gemeinschaftlich abgehalten werden.

**Güssen.** Am 24. Januar hielt unsere Ortsgruppe eine Generalversammlung ab. Der Kassierer gab den Quartals- und Jahresbericht bekannt, woraus zu ersehen war, daß sich die Mitgliederzahl nur um einen verringert hat. Bei Neuwahl des Ausschusses wurden wiedergewählt: Peter Weisenhof, Vorsitzender, Anton Heider, Kassierer; Joseph Lipp wurde als Schriftführer neugewählt. Revisoren wurden Otto Bunn und Konrad Hipp.

**Hausen.** Unsere am 28. Januar stattgefundene Generalversammlung war gut besucht. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht, der von den Mitgliedern mit Beifall aufgenommen wurde. Kollege Pfeifer sprach über die Bestimmungen des neuen Verbandsstatuts. Kollege Baumgartner wurde als Vorsitzender und Kollege Emmeneger als Schriftführer wiedergewählt. Als Kassierer wurde Kollege Eder und als Vertrauensmann Kollege Künze neugewählt. Hierauf erfolgte Schluß der schon verlaufenen Versammlung.

**Serolz.** Unsere Generalversammlung vom 1. Februar war gut besucht. Der Kassierer erstattete den Kassensbericht. Bei der Vorstandswahl wurden gewählt die Kollegen Johannes Müller als erster, Joseph Faust als zweiter Vorsitzender. Als Schriftführer wurde Ludwig Zinkand, als Kassierer Johann Krach wiedergewählt. Nachdem noch verschiedenes besprochen war, wurde die Versammlung geschlossen.

**Reutenis.** Zu unserer Generalversammlung am 24. Januar war unser Bezirksvorsitzender, Kollege Weber, erschienen. Der Kassierer F. Gießen erstattete einen ausführlichen Kassensbericht. Bei der Vorstandswahl wurden die Kollegen G. Gießen und M. Heeren wieder- und die Kollegin Karoline Radermacher neugewählt. Zu Kassierern wurden Kollege F. Böhler und Kollege L. Lennertz neugewählt. Als stellvertretende wurden die Kollegen W. Radermacher und W. Ganzer wiedergewählt. Hierauf sprach der Bezirksvorsitzende über die gegenwärtige Lage in der Nachener Textilindustrie und betonte, daß die Textilarbeiter sehr zur Organisation stehen müßten, wenn es gelingen sollte, geregelte Arbeitsbedingungen in der kommenden Zeit zu erlangen.

**Laaken.** In unserer Generalversammlung vom 10. Januar wurde vom Kollegen Fischer der Jahresbericht vorgetragen. Nach letzterem hielten wir elf Mitgliederversammlungen ab. Außer einer Reihe von Vorstand- und Vertrauensmännerversammlungen nahmen eine Anzahl Kollegen an verschiedenen Konferenzen teil. Auch unser Unterrichtskursus, welcher in den Sommermonaten geschlossen war, wurde Anfangs November wieder eröffnet. Im dritten Quartal hatten wir noch 122 Mitglieder und einen Kassensbestand von 44,20 Pfg. Der Vorstand und die Vertrauensleute wurden einstimmig wiedergewählt. An Stelle der früheren Revisoren wurden die Kollegen Wengel, Wolf und Homberg gewählt. Alsdann hielt Kollege Hamacher einen kurzen Vortrag.

**Sampstsmühle (Pfalz).** Wie die „Freien“ und „Frischen“ Arbeiterinteressen vertreten, hatten unsere Kollegen kürzlich erneut Gelegenheit zu beobachten. Wurde da kürzlich in der Weberei eine neue Verordnung erlassen, wonach die Arbeiter beim Frähschneiden nicht mehr beide Stühle dürfen hinstellen lassen. Nicht etwa, als ob das Schicksal strotze, es also im Interesse des Geschäftes gelegen sei, nein, hier ist die Arbeitszeit noch verkürzt. Ein diesbezügliches Vorstellungsverlangen des Arbeiterausschusses war anscheinend ohne Erfolg, ja Direktor J. wollte den Ausschuss überhaupt nicht anhören. Doch schon zwei Tage später wurde das Verbot nicht mehr beachtet und die Kaffeepause wieder wie früher eingehalten. Den „Frischen“ und „Freien“, die hier nur mit beschwindend kleiner Anzahl Mitglieder inbetracht kamen, schien dies eine willkommene Gelegenheit zu sein, die Christlichen ins Feuer zu schüren und sich hinter deren Rücken zu bedecken. Doch diesmal hatten sie die Rechnung ohne unsere Mitglieder gemacht. Nachdem in einer kombinierten Sitzung (von den Frischen aberkannt) die Vorstandsmittelglieder und der Bandwebervertreter zu der Frage Stellung genommen, wollte man eine Protestversammlung abhalten, obgleich der „freie“ Beamte Schaber mehrmals erklärt hatte, daß dies als eine Provokation aufgefaßt werden könne und darum die größte Vorsicht geboten sei. Kollege Köhling erklärte, nicht so ohne weiteres seine Zustimmung geben zu können. Er behielt sich eine Aussprache mit unsern Kollegen vor, da noch am selben Abend für uns eine Mitgliederversammlung stattfand. Unsere Kollegen legten den Vorschlag, eine Protestversammlung abzuhalten, einstimmig ab, mit der Begründung, daß erstens die Kaffeepause nicht verboten, zweitens zur Zeit die Vorbesprechungen, um in eine Bewegung einzutreten, nicht vorhanden seien und drittens, bei der Ausprägung im Mai vorigen Jahres mit den generischen Organisationen man allzumahmende Erfahrungen gemacht, um sich jetzt von diesen an der Kasse herumzuführen zu lassen.

Wutentbrannt über diesen Beschluß hielten beide Mitteilungen am 17. Januar Fabrikversammlungen ab. In Ottersbach konnte überhaupt keine Versammlung stattfinden, da niemand zugegen war, während die Versammlung in Erbenbach nur 42 Besucher aufzuweisen hatte. Von unserer Seite wurden sie völlig ignoriert. Desho besser konnten sie aber gegen die bösen Christlichen losziehen. Zwei Resolutionen, eine gegen die Fabrikleitung, die andere gegen unsern Verband, wurden einstimmig angenommen. Als Antwort darauf wurden am 22. Januar sechs Arbeiter, darunter auch einem Kollegen unseres Verbandes die Kündigung eingereicht.

Unsererseits wurde nun am 24. Januar eine fast besuchte Versammlung abgehalten, in der Kollege Faust als Referent das Handeln der „Frischen“ und Sozis richtig

zeichnete. Einem Nicht-Dauerlichen Diskussionsredner mußte wegen seiner hibern Schimpferien das Wort entzogen werden. Mit einem Hoch auf die christlichen Gewerkschaften fand die Versammlung ihr Ende.

**Bangenberg (Neuß).** Unsere Ortsgruppe hat wieder einen kleinen Zuwachs zu verzeichnen, indem zwei neue Kollegen genannt wurden. Wenn alle Kollegen und Kolleginnen weiter ihre Pflicht tun und immer agitieren und auch feste zur Versammlung kommen, so wird unsere Gruppe im neuen Jahre noch weiter vorankommen. Am Sonntag, den 14. Februar findet nachmittags 3 Uhr im Feldschloßchen eine Monatsversammlung statt. Ein interessanter Vortrag wird der sozialen Belehrung dienen. Kollegen, erscheint wohlwählig und bringe euerer Frauen und Freunde mit.

**Söbergshausen.** In unserer gut besuchten Generalversammlung am 19. Dezember gab Kollege Bether zunächst einen ausführlichen Bericht vom Duisburger Delegiertentag der evangelischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften. Bei der Vorstandswahl wurden gewählt die Kollegen Jos. Mohr als Vorsitzender, Wilh. Strabel als Kassierer, Christ. Bether als erster, Jos. Höp als zweiter Schriftführer. Nach einem Vortrage des Kollegen Mohr erklärten sich sieben Mitglieder bereit, ab 1. Januar den 50 und sechs Mitglieder den 40 Pfg.-Wochenbeitrag zu zahlen. Eine Kommission, bestehend aus den Kollegen Hoff, Merzadt und Schumann wurde dazu bestimmt, die wankelmütigen und unangenehmen Mitglieder in ihren Wohnungen zu besuchen und sie für den Verband zu erhalten und zurückzugewinnen zu suchen.

In der Mitgliederversammlung am 16. Januar wurde zunächst der Jahres-Kassensbericht gegeben. Die Gesamteinnahmen betragen 753,60 Pfg., der Anteil der Ortsgruppenkasse 118,03 Pfg., an Krankentragung wurden 55,50 Pfg. ausgezahlt. 53 Parteil delegierte wurden die Kollegen Bether und Mohr gewählt. In der Diskussion, welche sich an einen von unserem Bezirksleiter gehaltenen Vortrag über die Krankenversicherung anschloß, zeigte sich, daß von unsern Mitgliedern der sozialen Gesetzgebung viel mehr Beachtung geschenkt werden muß, weil den Kollegen die gesetzlich festgelegten Rechte oft genug vorenthalten und gekürzt werden. Die Mitglieder wurden noch ermahnt, mehr als bisher an den Mitgliederversammlungen sowie an den gewerkschaftlichen und steno-graphischen Unterrichtsabenden teilzunehmen. Auch müsse in der Agitation mehr geschieden. Die durch den schlechten Geschäftsgang gerade in Söbergshausen so überaus kläglichen Verdienste der Textilarbeiter müßten die Arbeitererschaft auf die Notwendigkeit des Zusammenstehens hinweisen, damit bei Einlegen eines besseren Geschäftsganges die hier gezahlten traurigen Löhne endlich aufgebessert werden könnten. Auch die vielen Mißstände im Betriebe bedürften bringend einer gründlichen Abklärung. Kein einziger Arbeiter sei mit den gezahlten Löhnen zufrieden; an den Kollegen sei es nun, die noch ausstehenden für die Organisation zu gewinnen, damit durch ein einmütiges Vorgehen auch billige Löhne sowie eine menschenwürdige Behandlung erreicht und die vielen anderen Mißstände beseitigt würden.

**Ostrik.** Unser Familienabend, den wir am 10. Januar gemeinsam mit den Bauhandwerkern abhielten, war von etwa 300 Personen besucht und nahm einen guten Verlauf. Die Herren Geistlichen beider Konfessionen waren erschienen. Von den benachbarten Ortsgruppen waren da die Kollegen Hübler-Seitenhofer und Müller-Ostrik. Das Schauspiel „Der Arbeit Preis“ sowie die Solosätze „Arbeiter und Fabrikant“ wurden gut aufgeführt und fanden Anklang. Kollege Pfeffer-Breslau hielt eine wirkungsvolle Festrede. Vier neue Mitglieder wurden gewonnen, zwei Kollegen und zwei Kolleginnen. Auch finanziell wurde ein kleiner Ueberschuß erzielt. — Am 19. Januar hielten wir unsere Generalversammlung ab. Der Vorsitzende gab den Jahresbericht von 1908 und anstelle des erkrankten Kassierers den Kassensbericht vom vierten Quartal. Als erster Vorsitzender wurde der Kollege Scheffel jr. wiedergewählt. Der Schriftführer, Kollege Seifert, wurde ebenfalls wiedergewählt, nahm aber aus entschuldigen Gründen das Amt nicht mehr an.

**Reichenau.** In unserer Versammlung vom 19. Januar gab der Kassierer den Kassensbericht. Alsdann machte der Vorsitzende auf die am 1. April in Kraft tretenden Beschlüsse der Verbands-Generalversammlung aufmerksam. Hierauf schloß sich eine interessante Aussprache. Man konnte wahrnehmen, was einige Kollegen bestritten sind, unsere Sache vorwärts zu bringen. Müßten sich alle Kollegen und Kolleginnen von diesem Gebanten erfüllen lassen. „Rafflos vorwärts müßt du streben, nie ermüdet stille stehen, willst du die Vollendung sehn.“

**Rehdt.** Nachmals Gppingen. Schon in Nr. 2 unseres Organs stellte ich die im „deutschen“ Textilarbeiter“ gemachten Darlegungen richtig. Trotzdem erscheint in Nr. 5 ein zweiter Bericht, dessen Geschwafel mich unüberdärf liege, wenn nicht in dem Briefe des „Genossen“ Pfeif eine Reihe tatsächlicher Unrichtigkeiten enthalten wären: 1) war die Versammlung nicht geheim einberufen, 2) war dieselbe bedeutend stärker besucht, als in dem Artikel gefaßt wird, 3) verließen mit dem Redner „Pfeif“, der so harmlos seine Religionsverhöhnungen hinzustellen versucht, höchstens 40 Personen den Saal. Da erst konnte die Versammlung wirklich tagen, was auch geschehen ist. Alles andere ist bereits in Nr. 2 gefaßt und ist dies in der Angelegenheit mein letztes Wort.

**Südingen.** In unserer Generalversammlung vom 26. Januar erstatteten die Kollegen Hottinger und Meyer den Jahres- bzw. Kassensbericht. An Stelle des von seinem Amte zurückgetretenen Kollegen Baumgartner wurde Kollege Karl Walmer als Vorsitzender gewählt. Hierauf hielt Kollege Kammerer einen Vortrag über die deutsche Gewerkschaftsbewegung und über die neuen Reformen in der sozialpolitischen Gesetzgebung. Kollege Kammerer gab uns im Schlußwort einen ausführlichen Bericht über die neuesten Vorkommnisse in unserm Nachbarort Wehr.

**Ullersdorf (Schlesien).** Die Arbeiteraussschüsse zu Lande kommen. Man kann in den Berichten der Gewerkschaften sehr häufig auf Klagen hören über die vollständige Untätigkeit und Inkompetenz vieler Arbeiteraussschüsse. Worin der Grund liegen kann, daß viele Ausschüsse nur ein Scheinwesen sind, und auch nicht das geringste Vertrauen der Arbeiter heizen, mag folgender Bericht dartun. In der Ullersdorfer (Schlesien) Maschinenerei wünschte die Direktion einen Arbeiteraussschusses. Einem Sonnabend nachmittags wurde bekannt gegeben, daß ein Ausschuss gewählt werden solle. Sowohl der Arbeiterinnen als auch vielen Arbeitern ist nun „ein Ding“ ein Buch mit sieben Siegeln. Die aufgeregten Arbeiter, welche sich der Bedeutung einer solchen Institution bewußt waren und denen es auch nicht gleichgültig war, wer in den Ausschuss gewählt würde, wenn derselbe nicht nur zur Repräsentation des Betriebes bestehen sollte, hatten eine auffällige Vorbesprechung von freier der Direktion erwartet, wo es der Arbeiterschaft freigegeben wurde, ihre Vorschläge zu machen. Diefelben machten aber abends enttäuscht Gesichter, als sie Wahstettel erhielten, auf welchem die von der Betriebsleitung vorgelegten Kandidaten bezeichnet waren. Die Stettel mußten Montag wieder abgegeben werden. Es hieß zwar, die Arbeiterschaft könne auch ihre Leute

